

Nach der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007: Haben sich die Erwartungen erfüllt? Was steht auf Portugals Agenda?

Dieses Forum zog zum Abschluss der sechsmonatigen deutschen EU-Ratspräsidentschaft kritische Bilanz und bot einen Ausblick auf die Ratspräsidentschaft Portugals.

Botschafter Scharioth hob in seinen Eingangsbemerkungen hervor, dass Deutschland während der Präsidentschaft zusammen mit den anderen 26 Mitgliedsländern der EU drei Ziele erreicht habe: 1. die Handlungsfähigkeit der EU wurde ausgebaut; 2. eine neue Energie- und Klimaschutzpolitik wurde initiiert und 3. die Beziehungen zwischen Europa und den USA wurden vertieft.

Mit Blick auf die Handlungsfähigkeit der EU wies Botschafter Scharioth darauf hin, dass das Konsensprinzip, welches die sechs Gründungsländer der Union eingeführt hatten, in einer EU mit 27 Mitgliedsstaaten nicht mehr funktioniere. Insofern führte kein Weg am Mehrheitsprinzip vorbei und die Vertragsreform sichere die Handlungsfähigkeit nach innen in der Zukunft ab. Ausdruck der erweiterten Handlungsfähigkeit nach außen sei die Einigung auf einen Hohen Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik. Was die Energiepolitik anbelange, so mache der Klimawandel ein rasches Handeln und Umsteuern notwendig. Hier habe sich die Union mit zwei verbindlichen Entscheidungen bis 2020 ehrgeizige, aber notwendige Ziele gesetzt: die Reduktion der Kohlendioxid-Emissionen um 20 Prozent und die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am Energiemix von heute 6,3 Prozent auf 20 Prozent. Ein weiterer Erfolg der Präsidentschaft seien schließlich die verbesserten Beziehungen zwischen Europa und den USA, die unter anderem im gemeinsamen erfolgreichen Kampf gegen den Terrorismus und den Übereinkommen zur Harmonisierung von Regulierungen ihren Ausdruck fänden. Europa brauche ein starkes Amerika und die USA brauchten eine starke EU. Dabei sollten beide Partner verstärkt darauf achten, Entscheidungen nicht unilateral vorzunehmen und den jeweils anderen erst danach zu unterrichten, sondern Entscheidungen in vorheriger Absprache gemeinsam zu fällen.

Botschafter de Vallera lobte zu Beginn seiner Anmerkungen die Erfolge der deutschen Ratspräsidentschaft und stellte kurz das portugiesische Programm vor. Für Portugal sei es erst die dritte Ratspräsidentschaft und man habe sich vorgenommen, der größeren Verantwortung der EU als internationaler Akteur gerecht werden zu wollen. Zum einen werde Portugal versuchen, das klare Mandat zur Vertragsreform bis Ende 2007 erfolgreich zu Ende zu führen, um auch die Institutionenmüdigkeit in Europa zu beenden. Das Weiteren sollten die Erweiterungsverhandlungen fortgeführt und neue Impulse für die Nachbarschaftspolitik der EU gegeben werden. Dabei stehe vor allem der Mittelmeerraum im Zentrum der Aufmerksamkeit.

Was die Integration nach innen angehe, so wolle Portugal verstärktes Gewicht auf wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der EU legen. In

den Außenbeziehungen der EU setze sich Portugal für ein erweitertes Netzwerk von Beziehungen ein. Dieses umfasse zum einen bessere Beziehungen mit Brasilien, zum anderen einen vertieften Dialog zwischen Europa und Afrika. Statt bloßer Rhetorik solle eine europäisch-afrikanische Strategie für globale Themen wie Sicherheit, Regierungsführung, Menschenrechte, Energie, Migration und Entwicklung erarbeitet werden. Schließlich wies der Botschafter darauf hin, dass Portugal vier weitere EU-Gipfel im Jahre 2007 plane: mit Russland, China, Indien und der Ukraine.

Julianne Smith kommentierte die deutsche EU-Ratspräsidentschaft aus der US-amerikanischen Perspektive, aus der die Präsidentschaft mehrheitlich als Erfolg gewertet werde. Anerkennung gebe es vor allem für die erweiterte Agenda, die Deutschland in den transatlantischen Beziehungen verfolgt habe. Beispiele seien die Klimapolitik und die Harmonisierung von Regulierungen. Mit Blick auf Portugal erwarte Julianne Smith Interesse von Seiten der USA vor allem in Bezug auf den Dialog mit Afrika und hinsichtlich der Einwanderungspolitik. Zudem komme das portugiesische Motto für die Präsidentschaft „a moment for action“ dem US-amerikanischen Stil nahe, der eher durch „Handeln“ denn „Prozesse“ geprägt sei. Washington werde auch verfolgen, welche weiteren Fortschritte die EU beim Wiederaufbau Afghanistans und in der Frage des Kosovo erziele. Die Entsendung von 160 europäischen Polizeitrainern nach Afghanistan habe Anerkennung gefunden, aber es komme darauf an, positive Ansätze weiter fortzuführen. Für den Status des Kosovo sei aus US-Sicht vor allem die Einigkeit der Europäer gefragt. Abschließend wies Smith aber auch darauf hin, dass sich die Aufmerksamkeit der USA mit Blick auf 2008 weiter Richtung Innenpolitik verlagern werde, so dass der portugiesischen Präsidentschaft wahrscheinlich etwas weniger Aufmerksamkeit zuteil werde als der deutschen.

In der anschließenden Diskussion wurde die Frage aufgeworfen, ob sechs Monate für die jeweilige Präsidentschaft nicht eine zu kurze Zeit seien, um Dinge wirklich umsetzen zu können. Botschafter Scharioth bejahte dies, allerdings seien bei 27 Mitgliedern kaum Alternativen denkbar. Bereits jetzt komme jedes Land nur alle 13 ½ Jahre an die Reihe, bei einer Präsidentschaft von je vier Jahren wären es gar 108 Jahre. Aus diesem Grund habe man den Kompromissvorschlag der „Dreier-Präsidentschaft“ gefunden, um auch längerfristige Perspektiven in die Planung einbeziehen zu können. Botschafter de Vallera sieht die häufig rotierende Präsidentschaft auch als Vorteil an, denn dann konzentriere sich die öffentliche Meinung des jeweiligen Landes auf Europa und dies helfe, die gefühlte Distanz zu den EU-Institutionen zu vermindern. Ein weiterer Diskussionspunkt bezog sich auf das Verhältnis der EU zu Russland, wobei das nicht erneuerte Partnerschafts- und Kooperationsabkommen im Zentrum stand. Ein weiteres Problem sei die Energieabhängigkeit. Botschafter Scharioth erklärte in dem Zusammenhang, dass die Europäer Russland dankbar sein könnten. Zum einen habe es Europa darauf aufmerksam gemacht, dass Energiepolitik Teil der Außenpolitik sei und zum anderen hätten die Europäer erkannt, dass sie eine kohärente Energiepolitik entwickeln und verfolgen müssten. Dazu gehöre vor allem die Verbindung der Energienetze sowie der Pipelines, um sich politisch weniger erpressbar zu machen. Es dürfe nicht im Interesse Russlands sein, Energie als politisches Pfand einzusetzen.